

Bergregionen als Lebensräume erhalten

SAB Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete tagte am vergangenen Donnerstag und Freitag in Hergiswil. Sie sagt Nein zur Reduktion der Wasserzins und zur Revision des Raumplanungsgesetzes, und fordert mit einer Resolution den raschen Ausbau der Breitbandinfrastrukturen.

von Peter Helfenstein

Die Präsidentin der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB), Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach, Ueberstorf, wand dem Gastgeber zu Beginn der Generalversammlung ein Kränzchen für den herzlichen Empfang. Regierungsrat Robert Küng, Vorsteher des Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartements des Kantons Luzern, überbrachte den Versammelten die besten Grüsse der Luzerner Regierung. Mit Stolz hielt er fest, der Kanton Luzern sei gut aufgestellt, denn das Bruttoinlandsprodukt liege deutlich über dem schweizerischen Durchschnitt, die Arbeitslosenquote klar darunter und in der jährlich von der UBS erstellten Rangliste der wirtschaftlich wettbewerbsfähigsten Kantone der Schweiz liege der Kanton Luzern stabil auf dem fünften Platz. Ein wirtschaftlich breiter Mix aus Gewerbe, Industrie, Dienstleistungen, Tourismus und Landwirtschaft bilden die solide Basis dazu.

In 83 Luzerner Gemeinden leben rund 400'000 Einwohnerinnen und Einwohner, und diese teilen sich ziemlich hälftig auf in die Agglomeration Luzern einerseits und in die Landschaft andererseits. Er sei als Wirtschaftsdiplomfroh, dass die Landwirtschaft im Kanton Luzern eine wichtige Rolle spiele, so Küng. Zähle man auch die der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Branchen dazu, seien rund 11



Regierungsrat Robert Küng: «Der Kanton Luzern ist gut aufgestellt.»

Prozent oder jeder neunte Arbeitsplatz direkt oder indirekt mit der Landwirtschaft vernetzt.

Gerade weil sich urbane Zentren, Agglomeration sowie ländliche Gebiete und Berggebiete ergänzen und sich gegenseitig befruchten, werde der Kanton Luzern weiterhin erfolgreich und vital unterwegs sein, sagte Küng.

Verwurzelt und offen

Gemeindepräsident Urs Kiener lobte das grosse Engagement der SAB für das Berggebiet und die ländlichen Räume. Die Berggebiete dienen als Lebens- und Wirtschaftsraum und seien auf eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung angewiesen. «Hut ab für so viel Engagement», sagte er und hob seinen Strohhut.

Kiener sagte, die Gemeinde Hergiswil bewege sich gekonnt zwischen starker Verwurzelung und Öffnung weit über die Gemeindegrenze hinaus. Die Hergiswiler Bevölkerung besitze eine grosse Innovations- und Schaffenskraft und engagierte sich sehr stark in den gesellschaftlichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen und kulturellen Bereichen. Er dankte der SAB, welche der



Alt Nationalrat Ruedi Lustenberger: «Der SAB geht die Arbeit nicht aus.»

Gemeinde erfolgreiche Arbeitseinsätze von freiwilligen Helfern vermittele.

Postagenturen sollen mehr Kompetenzen erhalten

SAB-Präsidentin Christine Bulliard-Marbach stellte ihre Rede unter den Titel «Den Handlungsspielraum zurückgewinnen». Ein Schwerpunkt ihrer Rede war die Umstellung von Poststellen in Agenturen. Die SAB stelle sich nicht grundsätzlich dagegen, so Bulliard-Marbach. Sie verlange jedoch, dass Agenturen die gleichen Angebote anbieten, wie eine herkömmliche Poststelle dies tue. Die Grundversorgung sei ein wichtiger Pfeiler für die Attraktivität und die Qualität der ländlichen Räume.

Zwei Nein-Parolen und eine Resolution beschlossen

Der Vorstand der SAB beschloss an seiner ausserordentlichen Sitzung in Hergiswil, die Reduktion der Wasserzinsen und die Revision des Raumplanungsgesetzes abzulehnen. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Reduktion des Wasserzinses würde zu massiven Einbussen für die Standortkantone führen, so der SAB-Vorstand. Ebenso lehnt die



Gemeindepräsident Urs Kiener: «Hut ab für so viel Engagement.» Fotos phe

SAB die neuerliche Revision des Raumplanungsgesetzes ab.

Die Digitalisierung ist eine grosse Chance, insbesondere für die Berggebiete und die ländlichen Räume. Damit diese Chance genutzt werden kann, braucht es entsprechende digitale Infrastrukturen. Diese seien heute leider nicht überall vorhanden, so die SAB. Die GV verabschiedete deshalb eine Resolution, in der sie einen raschen Ausbau der Breitbandinfrastrukturen fordere.

Sich gegen die Landflucht wehren

Alt Nationalratspräsident Ruedi Lustenberger aus Romoos hielt im Anschluss an die GV ein – aus zeitlichen Gründen gekürztes – Referat zum Thema «Das Schweizer Berggebiet – Einheit in der Vielfalt». Er erinnerte an den Schriftsteller und Volkskundler Josef Zihlmann, genannt «Seppi a de Wigere». Für ihn bedeutete Heimat nicht geruhige Behaglichkeit. Damals wie heute stimme seine Aussage: «Heimat neu schaffen heisst beispielsweise dafür zu sorgen, dass junge Menschen vor dem, was Heimat sein könnte, nicht davonlaufen.»

Vor 60 Jahren waren die Berggebiete und die sogenannten peripheren Räume stark von der Abwanderung betroffen. Die Bergbauernfamilien waren in der Regel sehr kinderreich, Arbeitsverdienst für die heranwachsende Jugend gab es wenig. Somit war diese gezwungen, sich ihr Ein- und Auskommen dort zu suchen, wo sie es fand: in den Zentren unseres Landes. Die Medien nannten diese Entwicklung ganz einfach «Landflucht».

Sich gegen diese Landflucht zu wehren bedeute auch heute noch einen permanenten Kampf der Berggebiete, der Berggemeinden und ihrer Organisationen, so Ruedi Lustenberger. Der SAB komme darin eine zentrale Rolle zuteil. Alle ihre Bemühungen wären allerdings ein hoffnungsloses Unterfangen, wenn sie nicht auf die Hilfe und den Beistand der Öffentlichkeit und auf viel Goodwill der Gesellschaft zählen könnte. In erster Linie seien es nach wie vor die materiellen Hilfestellungen, welche die Existenz der Berggemeinden sicherten. Die wichtigste davon sind die bundesstaatlichen und die kantonalen Mechanismen des Finanzausgleichs.

Berggebiete sind Teil unseres Kulturerbes

Die Eidgenossenschaft sei in der Lage und auch willens, ihre Bergregionen als Kultur-, Gesellschafts-, Wirtschafts- und vor allem als Lebensräume zu erhalten, und sie den nachfolgenden Generationen im wohlverstandenen Sinn der Nachhaltigkeit zu vererben, so Lustenberger. Die Berggebiete seien Teil unseres Kulturerbes und damit ein wesentlicher Teil unserer nationalen Vielfalt.

Der Direktor der SAB, Nationalrat Thomas Egger, kommentierte das Referat kurz und bündig mit den Worten: «Sie haben einen erfahrenen Politiker und Sprecher gehört, der es schafft, den Mittelteil wegzulassen und trotzdem die Hauptbotschaft herüberzubringen.»

Es braucht mutige Ideen und hilfreiche Behörden

SAB Nach der GV am Donnerstag und einer Fachtagung am Freitagvormittag stand als Abschluss des zweitägigen SAB-Anlasses in Hergiswil eine Podiumsdiskussion auf dem Programm. Das Thema: «Vitalität der ländlichen Räume – aber wie?» Dabei ging es vor allem um Raumplanung und Risikobereitschaft.

von Monika Wüest

«Ist der ländliche Raum so passiv, wie es ihm die Wissenschaft immer wieder vorwirft?», fragte Podiumsleiter Thomas Egger, SAB-Präsident und Walliser CSP-Nationalrat den Geschäftsführer von Region Luzern West, Guido Roos. Dieser präziserte zuerst, man dürfe die Begriffe Landschaft, ländlicher Raum und Landwirtschaft nicht als Synonyme benutzen, wie das oft getan werde. Er verneinte, dass der ländliche Raum passiv sei. In der Region Luzern West habe man zwar nicht so ertragreiche Unternehmen, «aber sehr unternehmerische». Das Problem sei: «Wir sind hier etwas abseits. Das macht alles schwieriger.»

Christoph Böhnner, Leiter der Dienststelle Landwirtschaft und Wald des Kantons Luzern, führte aus, was aus seiner Sicht für die Vitalität einer Region wichtig ist. Zum einen die Erreichbarkeit – diese sei, sagte er im Gegensatz zu Roos – durchaus gut. «Ob aus Hergiswil, Luthern oder dem Entlebuch – in einer halben Stunde ist man in Luzern.» Weiter wichtig seien die Bildungsmöglichkeiten. Das habe der Kanton Luzern dezentral gelöst, eine gute Bildung könne man im Kanton Luzern also überall erhalten. Zudem müs-



Sie diskutierten über die Vitalität der ländlichen Räume (von links): Guido Roos, Geschäftsführer Region Luzern West, Christoph Böhnner, Leiter der Dienststelle Landwirtschaft und Wald des Kantons Luzern, Vroni Thalmann, Landwirtin und Präsidentin des Kantonsrates, Thomas Egger, SAB-Präsident und Walliser CSP-Nationalrat, Urs Kiener, Gemeindepräsident Hergiswil, sowie Kurt Schär, Projektleiter Gemeindeentwicklung Luthern. Foto Monika Wüest

se auch der Erholungsraum vorhanden sei. Und dieser sei hier sehr schön. Die Voraussetzungen seien also gegeben.

Unmögliches möglich gemacht

Kurt Schär, Leiter des Gemeindeentwicklungsprojekts Luthern, blickte auf dieses zurück. Umgesetzt worden sei etwa der Bau eines Jurtendorfs in der Landwirtschaftszone. «Das war eigentlich unmöglich.» Doch dank dem gemeinsamen und hartnäckigen Einsatz von Initianten, der Gemeinde und dem regionalen Entwicklungsträger sei es eben doch möglich geworden. Er stelle fest: «Vitalität ist gibt es dann, wenn Leute etwas anreissen und es umsetzen wollen.» Der ländliche Raum an sich sei nicht vital. «Es hängt von den Menschen ab.» Oft sei es am Ende aber entscheidend, ob sie von den Gemeinden oder dem Kanton unterstützt werden, ob diese die Infrastruktur bereitstellen und bei rechtlichen Fragen Hand bieten – ob ihnen also Steine aus dem Weg genommen oder in den Weg gelegt werden. Die Raumplanung sei nicht per se ein Handicap – «richtig genutzt, kann sie sogar eine Riesenchance sein».

Er stellte die Frage in den Raum, was besser sei: Von oben nach unten festzulegen, wo sich was entwickeln soll – oder von unten nach oben, also jene Leute zu unterstützen, die etwas umsetzen wollen. Der letztere Ansatz werde von vielen auch als ungerecht empfunden. «Nur wer etwas bewegen will und sich auch bemerkbar macht, wird unterstützt. Die anderen müssen zuschauen, wie sich die Welt um sie herum verändert.»

Raumplanung als Ärgernis

Guido Roos sieht bei der Raumplanung im Gegensatz zu Schär vor allem die Probleme. Das neue Gesetz sei ein riesiger Paradigmenwechsel. «Das trifft uns ganz extrem.» Die Leute in der Stadt sähen um sie herum, was verloren gegangen sei und wollten das nun auf der Landschaft kompensieren, nach dem Motto: «Wir haben das Geld, wir sagen, wie es gemacht wird.» Sie vergässen dabei, dass dieses Geld nur dank der Veränderung gekommen sei, die sie in ihrer Umgebung erlebt haben. «Wir sollen uns nun nicht mehr entwickeln können – aber die Schulen zahlen müssen wir trotzdem.»

Sowohl Vroni Thalmann, Präsidentin des Kantonsrats und Sozialvorsteherin von Flüfli, als auch Urs Kiener, Gemeindepräsident von Hergiswil, sagten, Verhandlungen mit dem Kanton seien nicht immer einfach, wenn es um Zonenpläne gehe. Aber beide betonten auch, es helfe, sich mit der Kantonsverwaltung zu treffen um die persönliche Sicht zu schildern, oder die Verantwortlichen beim Ravi sogar einzuladen, um ihnen die Situation vor Ort klar zu machen. Auf einem Plan sehe man nicht immer alles, so Vroni Thalmann.

Kiener nannte die Napfmilch AG als gutes Beispiel für eine Ausnahmeregelung bei der Zonenplanung. Um eine Sonderzone auszuscheiden, seien grösste Anstrengungen nötig gewesen. «Doch es hat sich gelohnt. Heute ist die Napfmilch ein florierendes Unternehmen.»

«Seid mutig und spinnt»

Napfmilchgründer Isidor Kunz meldete sich aus dem Publikum zu Wort. «Ich will euch alle dazu auffordern, mutig zu sein und etwas zu spinnen», sagte er. «Ideen anzupacken, die sonst niemand

anpackt. Sonst erreicht man keine Aufmerksamkeit.»

Kurt Schär ermunterte dazu, bei Hindernissen jeweils das Positive zu sehen. «Man muss sich dann nicht fragen, warum es nicht geht – sondern, warum es trotzdem geht.» Er betonte zudem, für Gemeinden sei es ganz wichtig, die individuellen Standortvorteile zu nutzen. Die hätten alle. Thomas Egger stimmte zu. Oft werde leider nur Copy-Paste gemacht.

Egger führte weiter aus, sie müssten versuchen, über die Gesetzgebung mehr Spielraum für solche Projekte herauszuholen. «Manchmal braucht es aber nur mehr Risikobereitschaft von Behörden und den Regionalentwicklern. «Projekte werden oft endlos herumschoben. Oft sollte man einfach mal etwas riskieren.»

Guido Roos erwiderte, in der Zeit des Sparens sei die Risikobereitschaft gesunken. Ein Problem dabei sei die Zeitverzögerung: «Bis ein Projekt erfolgreich ist, dauert es manchmal 15 Jahre. Heute will die Politik sofort Resultate sehen, wenn sie irgendwo Geld investiert.»